



Friedrich-Ebert-Stiftung

Bureau de Paris

41 bis, boulevard de

La Tour-Maubourg

75007 Paris

Tel : 00 33 (0)1 45 55 09 96

Fax : 00 33 (0)1 45 55 85 62

fes@fesparis.org

www.fesparis.org

REFERAT WESTLICHE INDUSTRIELÄNDER

April 2007

Die drei Hauptanwärter um das Amt des französischen Präsidenten, Ségolène Royal, Nicolas Sarkozy und François Bayrou haben alle für den Verfassungsvertrag gestimmt. Alle drei machen sich für einen neuen Vertrag (keine Verfassung) stark, der insbesondere die institutionellen Veränderungen beinhalten soll. Während Bayrou und Royal die Franzosen erneut abstimmen lassen wollen, möchte Sarkozy den Vertrag vom Parlament ratifizieren lassen. Außerdem wird eine Zusammenarbeit insbesondere bei Energie-, Umwelt- und Forschungsfragen gefordert, sowie die Einführung von europäischen Mindeststandards (Mindestlohn). Innerhalb der EU sollen verstärkte Partnerschaften entstehen, wenn nicht alle Mitgliedsstaaten mitziehen wollen. Die europäische Industriepolitik soll verstärkt werden, wobei allerdings das nationale Interesse Vorrang zu haben scheint.

Programmatische Unterschiede gibt es in Bezug auf die Europäische Zentralbank. Während Bayrou ihre Unabhängigkeit bewahren will, fordern Sarkozy und Royal eine stärkere Ausrichtung auf Wachstum. Auch hinsichtlich des EU-Beitritts der Türkei sind die Meinungen gespalten. Royal schließt ihn langfristig nicht aus, ihre männlichen Mitstreiter wollen dagegen lediglich eine privilegierte Partnerschaft.

Französischer Wahlkampf: Europa- und Außenpolitik im nationalen Interesse

Babette Nieder

Während in Berlin mit einer feierlichen Erklärung und einem Volksfest der 50. Jahrestag der Römischen Verträge begangen wurde, konzentriert sich der französische Wahlkampf auf die nationale Identität.

Auf die Berliner Erklärung vom 25. März hat nur Sarkozy positiv reagiert. Bayrou begnügte sich mit der Feststellung, „Erklärungen, die einstimmig gefasst werden, sagen in der Regel nicht viel aus“. Ségolène Royal und die PS schwiegen, die kommunistische Kandidatin Marie-George Buffet forderte, das Frankreich seine Unterschrift vom Verfassungsvertrag zurückziehe und natürlich lehnten auch die beiden Kandidaten der extremen Rechten Le Pen und De Villiers die Berliner Erklärung ab. Le Pen nahm den 25. März zum Anlass, um ein Europa der Nationen und unabhängigen Staaten vorzuschlagen, das von Brest bis Wladiwostok reicht; wir erinnern uns an ähnliche Vorschläge von Berlusconi.

Sehen wir uns die Programme der Kandidaten im Hinblick auf ihre Europa- und ihre Außenpolitik genauer an. Wo liegen die Unterschiede auf diesem Gebiet? Ist eine Änderung der traditionellen französischen Europa- und Außenpolitik zu erwarten? Sehr vereinfacht gesagt, verstehe ich unter traditioneller französischer Politik die Befürwortung eines „Europe

puissance“ (Europa der Stärke) in einer multipolaren Welt mit entsprechender Distanz zu Washington und einer relativen Nähe zu den arabischen Ländern und Afrika. Die Frage, ob dieses „Europe puissance“ sich vom Nationalstaat emanzipiert oder nur eine intergouvernementale Verlängerung der französischen Politik mit Unterstützung durch den „deutsch-französischen Motor“ und eine Verteidigungskooperation mit den Briten (neben Frankreich die einzige europäische Atommacht) sein soll, blieb stets ambivalent.

Wenig außenpolitische Erfahrungen

Von den zwölf Kandidaten, die zum ersten Wahlgang am 22. April zugelassen sind, haben drei eine Chance, im zweiten Wahlgang am 6. Mai gewählt zu werden: François Bayrou (Parteivorsitzender und Kandidat der kleinen Zentrumspartei UDF), Ségolène Royal (Kandidatin der Sozialistischen Partei PS) und Nicolas Sarkozy (Parteivorsitzender und Kandidat der rechten Sammlungsbewegung UMP), der in der Summe der bisherigen Umfragen eine knappe Führungsposition vor Ségolène Royal und François Bayrou hält. Jean-Marie Le Pen, sollte er wider Erwarten wieder in den zweiten Wahlgang kommen, wird keine Wähler zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang dazugewinnen; François Bayrou dagegen könnte bei einer Stichwahl gegen Sarkozy die Stimmen der Linken dazugewinnen und bei einer Stichwahl gegen Ségolène Royal die Stimmen der Rechten.

Von den drei aussichtsreichen Kandidaten verfügt keiner über außenpolitische Erfahrung, sieht man von europäischen Ministerratssitzungen und einem kurzen Intermezzo als Europaabgeordneter von François Bayrou ab. Nicolas Sarkozy hat sich mit Michel Barnier einen qualifizierten Europaberater in sein Team geholt. Barnier war ein erfolgreicher EU-Kommissar und geschätzter, wenn auch glückloser Außenminister, der nach dem gescheiterten Referendum seinen Hut nehmen musste. Auch der Eurapaabgeordnete und ehemalige Europaminister Lamassoure und der Vorsitzende des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung, Pierre Lequiller, sind überzeugte und qualifizierte Europäer, deren Handschrift man in den vielen konkreten Vorschlägen zu Europa in Sarkozys Programm wiederfindet. Ségolène Royal hat mit Jean-Louis Bianco ihren ehemaligen Chef im Elysée als Wahlkampfleiter im Team, der zu den Akteuren von Mitterrands Europa- und Deutschlandpolitik zählte. Darüber hinaus übernimmt sie einige Ideen von Dominique Strauss-Kahn, dem ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsminister und Konkurrenten bei der letztjährigen, parteiinternen Wahl des PS-Präsidentschaftskandidaten. François Bayrou betont immer wieder seine europäische Gesinnung, hat aber in seinem Programm die wenigsten konkreten Vorschläge.

Alle drei Kandidaten haben, wie die überwältigende Mehrheit der französischen Nationalversammlung und eine Mehrheit der französischen Sozialisten in der internen Abstimmung der Partei für den europäischen Verfassungsvertrag gestimmt. Nicolas Sarkozy ist allerdings in seiner politischen Karriere nie durch seine europäischen Überzeugungen aufgefallen. Im Gegenteil ist er in Deutschland mit der Forderung nach „nationalen Champions“ in der Wirtschaft und der Verhinderung eines Teilerwerbs von Alstom durch Siemens in Erinnerung geblieben und gilt in Frankreich als Atlantiker.

Die Kandidaten der großen Parteien, PS und UMP, müssen innerhalb ihrer Partei auf die Gegner einer weiteren politischen Integration Europas Rücksicht nehmen und sich mit Parteien auseinandersetzen, die sich nicht zuletzt wegen ihrer Gegnerschaft zu „Brüssel“ von der PS und der UMP gespalten haben. Ségolène Royal hat mit ihrem Bündnis mit Jean-Pierre Chèvenement und mit der Wahl von Arnaud Montebourg als Sprecher erklärte Gegner des Verfassungsvertrags in ihr Team geholt.

Geringe programmatische Unterschiede

Schaut man sich die europapolitischen Programme der Kandidaten an, sind die inhaltlichen Unterschiede gering: Alle drei treten für eine Überwindung der institutionellen Krise durch einen neuen Vertrag ein und befürworten die Substanz des ersten Teils des Europäischen Verfassungsvertrags (Doppelte Mehrheit im Ministerrat, Verstärkung der Mehrheitsentscheidungen, Verlängerung des Mandats des Ratspräsidenten und Schaffung eines europäischen Außenministers). Alle drei wollen neben institutionellen Reformen Erfolge in konkreten Politikbereichen. Die Sozialisten sind ursprünglich mit einem Zeitplan angetreten, der zuerst eine veränderte Politik und dann institutionelle Reformen vorsah, die UMP hat den umgekehrten Vorschlag gemacht; inzwischen fordern die Europapolitiker von PS, UMP und UDF ein paralleles Vorgehen. Konkret sollen „Steuerdumping“ in Europa eingegrenzt, die Energie-, Umwelt- und Forschungspolitik gestärkt und die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung ausgebaut werden. Die französischen Kandidaten befürworten im Gegensatz zu deutschen Politikern eine stärkere Europäisierung der Sozial- (Europäischer Mindestlohn) und Innenpolitik (Aufhebung der Einstimmigkeit). Alle drei sehen in den „coopérations renforcées“ (verstärkte Partnerschaft) eine Möglichkeit, ein politisches Europa auch gegen den Willen anderer Mitgliedsländer voranzubringen. Bayrou nennt die „Eurogroupe“ als Avantgarde, Sarkozy mahnt im Fernsehen „die großen Länder müssen ihre Verantwortung wahrnehmen“ und Ségolène Royal schlägt eine französisch-britisch-deutsche Troika als Vorreiter in der Verteidigungspolitik vor.

Der Begriff eines politischen Europas, das vor der Globalisierung schützt und Industriepolitik betreibt, kommt bei Ségolène Royal und Sarkozy vor. Nicolas Sarkozy empfiehlt eine „Gemeinschaftspräferenz“ und eine veränderte Wettbewerbspolitik, die die Entstehung „europäischer Champions“ ermöglicht. Verfolgt man die derzeitigen Schwierigkeiten grenzüberschreitender strategischer Industrieprojekte wie Airbus und Galileo, muss man sich allerdings fragen, ob diese Politik wirklich der Schaffung europäischer Champions mit dem Ziel eines gemeinsamen Erfolgs oder einzig und allein der Verteidigung des eigenen nationalen Standorts dient. Ségolène Royal schlägt eine Erhöhung der Außenzölle vor, um notwendige Umwelt- und Sozialstandards wettbewerbsfähig zu machen. Ihre Absicht, eine Verlagerung von Arbeitsplätzen auch innerhalb Europas zu verhindern, entspricht der Forderung aus dem UMP-Programm, Ländern, die Sozial-, Umwelt- oder Steuerdumping betreiben, keine Hilfen aus dem Strukturfonds zukommen zu lassen. Die populäre Kritik an „Brüssel“ entzündet sich in Frankreich weniger an dem Vorwurf der Bürokratie als an dem Vorwurf des „Ultraliberalismus“ in der Wirtschaftspolitik.

Zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik halten sich alle Kandidaten bedeckt, Sarkozy bekräftigt die Ziele der „Erhaltung des ländlichen Lebensraums“ und die Fortführung des ursprünglichen Ziels der Agrarpolitik, der Sicherung des europäischen Bedarfs an Grundnahrungsmitteln durch die eigene Produktion. Ségolène Royal setzt auf eine Umsteuerung zugunsten der Biolandwirtschaft und der kleineren ländlichen Betriebe.

Die UMP übernimmt Michel Barniers Vorschlag eines europäischen Zivil- und Katastrophenschutzes mit dem schönen Titel „Grünhelme“.

Die wesentlichen Unterschiede beziehen sich auf die Europäische Zentralbank, die Frage des Beitritts der Türkei und den Abstimmungsmodus für den neuen Vertrag. Ausdruck ihrer entsprechenden innenpolitischen Position für einen starken Staat oder eine Stärkung der Regionen, engagieren sich Ségolène Royal und François Bayrou für eine Unterzeichnung der Europäischen Charta der Regionalsprachen.

François Bayrou verteidigt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, während Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy mit politischen Mitteln gegen den starken Euro

kämpfen möchten und dies zu den wenigen Europathemen gehört, die sie im Wahlkampf offensiv ansprechen. Jacques Delors hat im Auftrag der Europäischen Sozialistischen Partei ein „protocole social“ in sechs Punkten vorgeschlagen, das die institutionelle Reform begleiten soll. Dieses Protokoll soll eine Antwort auf die Bedenken derer geben, die mit nein gestimmt haben und Europa außerdem wieder populär machen. Einer der Punkte ist die Schaffung einer europäischen Rahmenrichtlinie zu den „services d'intérêt général“ (Diensten zum Allgemeinwohl), die sich in Ségolène Royals Wahlprogramm wiederfindet und als wesentliche Voraussetzung gilt, um die französische Bevölkerung mit Europa zu versöhnen.

Was den neuen Vertrag angeht, so hat sich Nicolas Sarkozy klar für eine parlamentarische Abstimmung ausgesprochen. Er hat die Berliner Erklärung mit ihrer Zielsetzung, „die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen“ in einer Pressemitteilung bekräftigt und als Engagement in sein Programm aufgenommen. Ségolène Royal verspricht in ihrem Wahlprogramm ein Referendum bis zum Juni 2009, also vor oder während den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament. François Bayrou spricht sich wie Ségolène Royal für ein Referendum aus, mit dem Argument, „nur das Volk könne wiederherstellen, was das Volk abgelehnt hat“. Er fordert eine neue Regierungskonferenz unter Einbeziehung von Abgeordneten aus den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament. Er kritisierte in einer Radiosendung die Berliner Erklärung und wollte sich auf keinen Zeitpunkt für das Referendum festlegen, sondern erst abstimmen lassen, „wenn man einen glaubwürdigen Text hat.“ Bei der PS hört man den Begriff Referendum immer weniger, auch wenn er ausdrücklich im Wahlprogramm steht, Elisabeth Guigou hat vor wenigen Tagen bei einer europapolitischen Debatte in der Pariser Vertretung der Europäischen Kommission davor gewarnt, „heute in dieser Frage eine definitive Position zu beziehen. Es sei letztlich eine Entscheidung des Staatschefs, auf die man sich nicht konzentrieren sollte“ ... Alle drei wollen einen Dreiklang von Regelung der institutionellen Fragen, erfolgreicher Politik - was Ségolène Royal „L'Europe par la preuve“ (Europa muss sich beweisen) und der Kommissionspräsident José Manuel Barroso „l'Europe des projets“ nennt - und eine langfristige Debatte über die Finalität Europas. Gemeint ist die Wahl zwischen einer politischen Union und einer Freihandelszone (alle drei wollen eine politische Union), die Bekräftigung der kulturellen Grundlagen (wobei der explizite Bezug auf das Christentum im laizistischen Frankreich abgelehnt wird) und die Frage der Grenzen Europas.

Ségolène Royal unterscheidet sich von den beiden anderen Kandidaten in der Türkeifrage. In ihrem neuen Buch „Maintenant“, einem Gespräch mit der Journalistin Marie-Françoise Colombani, antwortet sie auf die Frage: „Sind Sie für oder gegen den Beitritt der Türkei?“: „Im Prinzip bin ich dafür, aber nicht jetzt, da Europa blockiert ist [sie vermeidet das Wort Krise]. Vor der Erweiterung muss die Maschine wieder in Schwung gebracht werden. Langfristig hat die Türkei die Bestimmung, sich Europa anzuschließen. Europa ist kein Territorium, sondern ein politisches Projekt“.

Unterschiedliche weltpolitische Vorstellungen

Alle drei Kandidaten fordern eine Verstärkung der Entwicklungspolitik mit besonderem Augenmerk auf Afrika und eine Intensivierung des Dialogs mit den Mittelmeeranrainern. Ségolène Royal verpflichtet sich dazu, die internationale Empfehlung von 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe umzusetzen. Für Ségolène Royal und François Bayrou ist der Begriff des „co-développement“ die beste Antwort auf die illegale Einwanderung. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen beide auf lokale Projekte und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, während Nicolas Sarkozy die Entwicklungshilfe einer stärkeren Kontrolle unterziehen will. Sarkozy will einen Schuldenerlass für die Entwicklungsländer an politische

Ziele koppeln, ein bedingungsloser Schuldenerlass der ärmsten Länder steht im Programm von Royal und Bayrou. Nicolas Sarkozy und François Bayrou befürworten Ausnahmeregelungen für die ärmsten Länder von den WTO-Regeln, während Ségolène Royal eine weltweite Regulierung der Agrarpolitik nach dem Modell der EU-Agrarpolitik vorschlägt.

In Bezug auf den Nahen Osten vertritt Nicolas Sarkozy eine Position, die sich der amerikanischen annähert und die den Kampf gegen den Terrorismus und die Verteidigung Israels stärker in den Vordergrund stellt. Er schlägt eine privilegierte Partnerschaft zwischen Europa und den Ländern der Region vor, wobei Israel an erster Stelle stehen soll. François Bayrou sieht in der Versöhnung Europas ein Modell für den Nahen Osten, Ségolène Royal schlägt die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz vor.

Da Sarkozy nach dem Treffen mit George Bush im Herbst letzten Jahres, anlässlich des fünften Jahrestages der Zerstörung des World Trade Center, in der französischen Öffentlichkeit stark kritisiert worden war, sind seine Äußerungen zu den USA weniger geworden. Bayrou bezieht sich auf die USA, wenn er eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas fordert, „um nicht länger von einer anderen Macht abhängig zu sein, auch wenn man befreundet ist“. Ségolène Royal fordert, „die Beziehungen zu den USA auf eine neue Grundlage zu stellen, auf der Basis des Dialogs und der legitimen Konfrontation von Interessen und Analysen.“

Die im Vergleich zu Deutschland andere geographische, historische und ökonomische Situation Frankreichs zeigt sich daran, dass nur Ségolène Royal in ihrem außenpolitischen Programm eine aktivere Präsenz im Osten Europas vorsieht. Das Thema der Stationierung des neuen amerikanischen Schutzschields gegen Mittelstreckenraketen in Zentraleuropa ist bisher von keinem der Kandidaten aufgegriffen worden.

Bezüglich der Internationalen Organisationen sprechen sich alle für eine Reform und eine Verstärkung der UNO aus. Nicolas Sarkozy befürwortet einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat zusammen mit Japan, Indien, sowie je einem Vertreter Afrikas und Lateinamerikas. Keiner der Kandidaten stellt eine Umwandlung des französischen in einen europäischen Sitz in Aussicht. Ségolène Royal folgt dem Vorschlag Dominique Strauss-Kahns, eine gemeinsame Vertretung der EU in den großen Finanzinstitutionen einzurichten. Ihr Programm setzt sich für die Schaffung zahlreicher multilateraler Strukturen ein: Schaffung einer Wirtschafts-UNO und einer internationalen Umweltorganisation. Die ILO soll verstärkt werden und die WTO soziale Kriterien und den Umweltschutz berücksichtigen, eine Forderung, die sie mit Nicolas Sarkozy teilt. Letzterer spricht sich außerdem für die Reziprozität bei der Gewährung von Freihandel und eine stärkere Überwachung des Technologietransfers in die Schwellenländer aus. Sarkozy befürwortet die Gründung einer europäischen Entwicklungsbank, die die Ersparnisse von 12 Millionen Migranten zugunsten ihrer Herkunftsländer fruchtbar machen soll. Ségolène Royal und François Bayrou wollen den „fairen Handel“ fördern.

In den Begründungen der jeweiligen Außenpolitik sind die Unterschiede zwischen rechts und links stärker, als in den praktischen Vorschlägen: Sarkozys außenpolitischer Grundsatz „Sicherung der lebenswichtigen Interessen Frankreichs“ ist ganz klassisch und wird auch durch das offene Bekenntnis, die französische Präsenz in den europäischen Institutionen zu stärken, bekräftigt. Ségolène Royal plädiert für eine Orientierung der Außenpolitik an den Werten der Menschenrechte.

In der Verteidigungspolitik bekräftigen alle die Beibehaltung der französischen Nuklearmacht - auch wenn es Unterschiede bei der Bereitschaft zu Investitionen in neue Waffengattungen gibt - verbunden mit dem Wunsch nach einer Verstärkung der

europäischen Verteidigungspolitik. Sarkozy äußerte im Fernsehen Überlegungen zu einer Europäisierung der französischen Nukleargarantie und zu einer verstärkten Kooperation des französischen und britischen Militärs. Beides sei aber nicht zu verwechseln mit einer Vergemeinschaftung der Entscheidungsgewalt. Den Schlüssel zur nuklearen Abschreckung behält weiterhin der französische Präsident.

Auch wenn die Innenpolitik den Wahlkampf und die Berichterstattung in den Medien beherrscht, fehlt es nicht an außen- und europapolitischen Vorschlägen in den Programmen der Kandidaten. Es bleibt jedoch der Eindruck, dass weniger Frankreichs Rolle zur Lösung der europäischen Probleme im Vordergrund steht, als vielmehr Europa zur Lösung französischer Probleme herangezogen werden soll.

Der Appell an die französische Identität bis hin zu so weitgehenden Vorstellungen wie der Schaffung eines Ministeriums für „Einwanderung und nationale Identität“ (Nicolas Sarkozy) oder dem jüngsten Vorschlag Ségolène Royals, jeder Haushalt solle eine französische Flagge erwerben und am Nationalfeiertag ins Fenster hängen, zeigen, dass der doppelte Schock des Einzugs von Le Pen in den zweiten Wahlgang 2002 und der Ablehnung des Verfassungsvertrags per Referendum von 2005 noch immer nicht überwunden ist. Ségolène Royal antwortet auf die Kritik an ihrem nationalen Pathos, „man wird umso leichter wieder an den Tisch Europas zurückkehren können, wenn man sich über die nationale Identität klar ist“.

Jacques Delors betont in einem großen Interview in Le Monde vom 25. März, dass „alle französischen Politiker, die positiv für Europa gewirkt haben, den nationalen Patriotismus mit der europäischen Berufung verbunden haben“.

Wie immer die Wahl ausgeht, ein neuer Präsident wird sich seiner Verantwortung im Europäischen Rat und der bevorstehenden französischen Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 nicht entziehen können. Er muss auch mit der Tatsache umgehen, dass im Gegensatz zur britischen öffentlichen Meinung 66 Prozent der Franzosen sich im letzten Eurobarometer (Umfrage im Oktober 2006, veröffentlicht im Februar 2007) für eine Europäische Verfassung ausgesprochen haben und 72 Prozent sich ein starkes Europa wünschen, dessen Stimme in der Welt Gewicht hat.

Wer sich weiter für das Thema interessiert und französisch lesen kann, dem empfehle ich:
Einen sehr übersichtlichen Vergleich der Programme auf der Webseite www.votons.info

- Die Rede Nicolas Sarkozy in Straßburg am 21. Februar 2007
- Die Rede François Bayrou in Brüssel am 9. März 2007
- Das soeben erschienene Buch von Ségolène Royal „Maintenant“

Babette Nieder ist Generalsekretärin des „Maison de l'Europe“ in Paris. In der Vergangenheit war sie Generalsekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerks und arbeitete zuvor im Kabinett von Premierministerin Edith Cresson im Europaministerium, in Matignon (Sitz des Premierministers) und bei der EU-Kommission in Brüssel.